Decker | Henningsen | Lewandowsky | Adorf [Hrsg.]

Aufstand der Außenseiter

Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus



International Studies on Populism

herausgegeben von | edited by

Prof. M.A. Ph.D. Reinhard C. Heinisch, Universität Salzburg Prof. Dr. Christina Holtz-Bacha, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Prof. Dr. Oscar Mazzoleni, Universität Lausanne

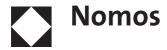
Wissenschaftlicher Beirat | Scientific Advisory Board: Daniele Albertazzi (Birmingham), Cristóbal Rovira Kaltwasser (Santiago), Sarah L. de Lange (Amsterdam), Steven Saxonberg (Praha), Ph.D., Emilie van Haute (Bruxelles), Donatella Campus (Bologna), Steven Wolinetz (Newfoundland)

Band | Volume 6

Frank Decker | Bernd Henningsen Marcel Lewandowsky | Philipp Adorf [Hrsg.]

Aufstand der Außenseiter

Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-8487-5624-7 (Print) 978-3-8452-9799-6 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data

A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-5624-7 (Print) 978-3-8452-9799-6 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

Decker, Frank | Henningsen, Bernd | Lewandowsky, Marcel | Adorf, Philipp Aufstand der Außenseiter
Die Herausforderung der europäischen Politik
durch den neuen Populismus
Frank Decker | Bernd Henningsen
Marcel Lewandowsky | Philipp Adorf (Eds.)
690 pp.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-5624-7 (Print) 978-3-8452-9799-6 (ePDF)



Onlineversion Nomos eLibrary

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editors.

Inhalt

Vorwort zur Neuausgabe	11
Einleitung: Revolte von rechts Frank Decker / Bernd Henningsen / Marcel Lewandowsky / Philipp Adorf	13
Konzepte	
Was ist Rechtspopulismus? Frank Decker	35
Die extreme Rechte in Europa: Strukturen, Ideologien, Strategien Miroslav Mareš	57
Euroskeptizismus: Eine Begleiterscheinung des Populismus? Jörn Ketelhut	71
Unternehmerpopulismus als machtstrategisches Erfolgskonzept Elmar Wiesendahl und Philipp Adorf	85
Demos und Populos: Demokratietheoretische Annäherungen an das Phänomen Populismus Peter Graf Kielmansegg	101
Westeuropa	
Vom Front National zum Rassemblement National Isabelle-Christine Panreck	119
Die Alternative für Deutschland. Ein Porträt Frank Decker	133

Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Reinhard Heinisch	151
An anti-establishment mainstream party: The Swiss People's Party since the 1990s	169
Oscar Mazzoleni	
The enduring strength of right-wing populism in contemporary Dutch politics	187
Stijn van Kessel	
Rechtspopulismus in Belgien. Der Vlaams Belang als Nutznießer des Unbehagens Dirk Rochtus	201
Dirk Rochtus	
Parteiförmiger Rechtspopulismus in Irland und im Vereinigten Königreich – nicht überlebensfähig und irrelevant?	215
Roland Sturm	
Nordeuropa	
Dansk Folkeparti: vom reellen Machtfaktor zur Krisenpartei Christoph Arndt	229
Aufstand der Bildungsverlierer? Die Fortschrittspartei auf dem norwegischen Sonderweg	243
Kjetil A. Jakobsen	
Von der isolierten Randpartei zum Machtfaktor schwedischer Politik? Der Aufstieg der Schwedendemokraten	261
Jens Gmeiner	
Die Finnen – Auf dem Weg zum konventionellen Rechtspopulismus?	279
Anna-Lena Wilde-Krell / Philipp Adorf	

	Inhalt
Iceland's deep-rooted nationalism and recent quasi-populism Eiríkur Bergmann	299
Südeuropa	
Vom sezessionistischen Regionalismus zum EU- und fremdenfeindlichen Nationalismus. Das populistische Erfolgsmodell der Lega in Italien <i>Luca Argenta</i>	315
The M5S: From the Stars to Government Simona Guerra	331
Der Rechtspopulismus erreicht Iberien: Vox und Chega Philipp Adorf	351
Unabhängige Griechen und Goldene Morgenröte: Die radikale Rechte in Griechenland Lazaros Miliopoulos	369
Osteuropa	
Governing populism – the Discursive Populism of Fidesz Balázs Böcskei	385
From mainstream to power: The Law and Justice party in Poland Bartek Pytlas	401
Rechtspopulismus in Tschechien und in der Slowakei Miroslav Mareš	415
Rechtspopulismus in den baltischen Staaten Claudia-Yvette Matthes	429

Inhalt

Medien

Populismus und Medien – Medien und Populismus	451
Christina Holtz-Bacha	
Der Terrorist als Google-Professor. Norwegische Erfahrungen mit Medienwandel und Rechtsextremismus	465
Kjetil A. Jakobsen	
Rassismus Made in Germany?	489
Manfred Henningsen	
Rechtspopulismus und traditionelle Medien: Das Beispiel der AfD Bernd Gäbler	501
Populistische Kommunikation	517
Jakob Schwörer	
Europäischer Rechtspopulismus und Europäische Öffentlichkeit Johannes Hillje	539
Strategien	
Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus Deutschland und den Niederlanden Anna-Sophie Heinze und Marcel Lewandowsky	555
Die AfD in den Landtagen: Zwischen Parlaments- und "Bewegungs"-Orientierung	575
Wolfgang Schroeder / Bernhard Weßels / Alexander Berzel	
Das Integrationsparadox in offenen Gesellschaften Aladin El-Mafaalani	593

	Inhalt
Rechtspopulismus – einige sozialpsychologische Anmerkungen Olaf Reis	611
Rechtsterrorismus in Deutschland in historisch-politischer Perspektive – Was tun? Lazaros Miliopoulos	629
Rechtspopulismus und politische Bildung Michael May	645
Dembra – theoretical and scientific framework Claudia Lenz / Peder Nustad	659
Online-Beratung gegen Rechtsextremismus – individuelle Unterstützung für Betroffene und Instrument zur Stärkung der Zivilgesellschaft Martin Ziegenhagen	679
Autoren und Autorinnen	689

Vorwort zur Neuausgabe

Die freundliche Aufnahme der Erstauflage, die unter dem Titel "Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa" 2015 als zweiter Band der "International Studies on Populism" erschienen ist, haben Verlag und Herausgeber bewogen, das Buch in erweiterter und veränderter Form noch einmal ganz neu herauszubringen. Ausgeweitet wurden vor allem die länderbezogenen Kapitel, die jetzt auch den 2015 noch vernachlässigten süd- und osteuropäischen Raum gebührend einbeziehen. Darüber hinaus haben wir die Rubrik "Positionen" durch eine neue Rubrik "Konzepte" ersetzt, um Begrifflichkeit und Theorien des Populismus angemessen zu erörtern. Lediglich drei Texte der Erstauflage wurden unverändert übernommen: die Beiträge des seinerzeitigen Mitherausgebers Kjetil Jakobsen über den Terroristen Anders Behring Breivik und über die Fortschrittspartei in Norwegen (letzterer um einen Nachtrag ergänzt) und der Beitrag von Martin Ziegenhagen über Online-Beratung gegen Rechtsextremismus. Die anderen Artikel sind entweder hinzugekommen oder wurden von den Autoren der Erstauflage aktualisiert bzw. neu verfasst.

Zu stemmen gewesen wäre das Ganze nicht ohne die Mitarbeit zweier neuer Mitherausgeber, die den Dank an alle Autorinnen und Autoren und sonstigen Mitwirkenden mit den alten Herausgebern teilen. Dies gilt umso mehr, als sich die Fertigstellung des Bandes wesentlich länger hingezogen hat als ursprünglich geplant, was einerseits an Widrigkeiten auf der Herausgeberseite, andererseits an unvorhergesehenen Ereignissen wie der Coronakrise lag, die in den Texten zusätzlich zu berücksichtigten waren. Ein Band aus "einem Guss" konnte aufgrund dieser (Vor)geschichte nicht entstehen. Er war auch gar nicht beabsichtigt. Den Herausgebern kam es vielmehr – ähnlich wie bei der Erstauflage – darauf an, in den einzelnen Kapiteln sowohl den Methodenpluralismus der politikwissenschaftlichen Parteienforschung zu spiegeln, als auch Stimmen und Ansätze aus anderen Disziplinen wie der Pädagogik, Psychologie, Medienwissenschaft und Soziologie zu Wort kommen zu lassen.

Danken möchten wir zunächst Beate Bernstein vom Nomos-Verlag für ihre Ermutigung, sich an das Mammutprojekt zu wagen, und sodann den drei Herausgebern der Populismus-Reihe, Reinhard Heinisch, Christine Holtz-Bacha und Oscar Mazzoleni, für ihre Zustimmung und die Bereitschaft, jeweils selbst einen Beitrag beizusteuern. Den Autorinnen und Autoren danken wir für ihre Geduld während des langen Entstehungszeit-

raums. Besonders gedankt sei schließlich dem "Bonner Team" – Simon Braun, Gabriele von Hagen, Milena Kupka, Sebastian Rostek und vor allem Nikos Lennartz – für die ebenso zuverlässige wie kompetente Unterstützung bei der Fertigstellung des Manuskripts und den abschließenden Korrekturarbeiten.

Unsere Bestandsaufnahme der vergleichenden Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung beansprucht nicht in jedem Falle, wissenschaftliches Neuland zu betreten. Viele der hier behandelten Fragen sind in der immer uferloser werdenden Literatur inzwischen gut ausgeleuchtet. Über andere wissen wir dagegen nach wie vor recht wenig, etwa über den Anteil der veränderten Medienlandschaft am Erfolg des Populismus oder die Geeignetheit oder Nichtgeeignetheit politischer Gegenstrategien. Darüber hinaus bleibt die Verteilung der Aufmerksamkeit auf die einzelnen Länder sehr unterschiedlich; insbesondere die kleinen Staaten stehen regelmäßig im Schatten. Wenn es gelungen wäre, diesen Defiziten an der ein oder anderen Stelle abzuhelfen – was die Herausgeber mit den Autorinnen und Autoren zusammen hoffen –, dann hätte sich die Arbeit gelohnt.

Bonn, Berlin und Gainsville/Florida im August 2021

Frank Decker / Bernd Henningsen / Marcel Lewandowsky / Philipp Adorf

Einleitung: Revolte von rechts

Frank Decker / Bernd Henningsen / Marcel Lewandowsky / Philipp Adorf

Populismusbegriff und Populismusforschung

In den 1970er und 1980er Jahren bildete sich zunächst in den nord- und später in den westeuropäischen Ländern eine neuartige Parteienfamilie heraus. In der Konkurrenz verschiedener Begriffe hat sich deren Bezeichnung als "rechtspopulistisch" im wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt. Wurden die Neuankömmlinge zunächst oftmals noch als flüchtige Protestphänomene abgetan, so sind sie inzwischen in nahezu allen europäischen Ländern präsent. Das Bild vom "Gespenst" des Populismus, das irgendwann wieder verschwindet, hat sich nicht bewahrheitet. Allen elektoralen Niederlagen und inneren Krisen zum Trotz ist der Populismus fester Bestandteil der politischen Systeme – mit zum Teil einschneidenden Konsequenzen. In einigen neuen Demokratien wie Polen und Ungarn konnten sich Parteien wie Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Fidesz sogar dauerhaft als Regierungsparteien etablieren und nachhaltigen Einfluss auf die demokratischen Regime ausüben. Auf den Philippinen und in Brasilien besetzten Rechtspopulisten die Präsidentenämter. In den Vereinigten Staaten mündete die vierjährige Präsidentschaft Donald Trumps im gewaltsamen Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021.

Die Herausbildung und der Erfolg dieser neuen Parteienfamilie haben eine politikwissenschaftliche Debatte um den Begriff des Populismus angestoßen. Die Kontroverse drehte sich unter anderem um die Frage, ob es sich beim Populismus tatsächlich um eine Ideologie im Sinne einer geschlossenen Weltanschauung handelt. Nicht wenige Autoren argumentierten, dass das "Schillernde" eine der Kerneigenschaften des Populismus sei, seine mangelnde Bestimmbarkeit also in der Natur der Sache liege.

Ab Beginn der 2000er Jahre setzte sich in der Forschung ein gewisser Konsens durch. Die meisten Arbeiten gehen heute davon aus, dass es sich beim Populismus um ein manichäisches Kernkonzept handelt, das die Gesellschaft in zwei Gruppen einteilt: das "gute" Volk und das "korrupte" politische Establishment. Beide Gruppen gelten dem Populismus als homogen, was bedeutet, dass sie jeweils einen geschlossenen politischen Willen repräsentieren. Populisten nehmen für sich in Anspruch, den Wil-

len des Volkes gegen jenen der politischen Eliten zu vertreten. Mit Blick auf die ideologische Qualität besteht weitgehend Einigkeit, dass der Populismus zwar ideelle Bestandteile aufweist, es sich aber nicht um eine voll entwickelte Weltanschauung handelt, die etwa dem Kommunismus, dem Nationalsozialismus oder anderen Ideologien ähnlich wäre. So adressiert der Populismus mit dem Verhältnis zwischen "Volk" und "Establishment" lediglich das Politische selbst. Gesellschaftliche oder ökonomische Fragen gehören nicht zu seinem Kernprogramm. Wo sich populistische Parteien etwa zu Migration und Integration, zum Wohlfahrtsstaat oder zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit äußern, ist dies auf ihre rechte oder linke "Wirtsideologie" zurückzuführen.

Mit dem zunehmenden Interesse der Forschung hat sich der Katalog der Gegenstände und Kontexte beständig erweitert, die auf populistische Merkmale untersucht werden. Populismus manifestiert sich in unterschiedlicher Form. Erstens kann er Bestandteil von Parteiideologien sein. Empirisch lassen sich diese als Eigenschaft der Partei allgemein, als Element ihrer Wahlprogramme im Besonderen oder auch durch parlamentarische Sprechakte messen. Zweitens geht eine populistische Parteiideologie häufig mit einer spezifischen Organisationsform einher, die sich als "Bewegung" beschreibt und auf eine charismatische Führerpersönlichkeit hin ausgerichtet ist. Drittens können Parteien und andere politische Akteure den Populismus, zumindest zeitweise, als politisches Stilmittel adaptieren und zur Ansprache der Wählerschaft einsetzen, um sich habituell vom elitären Habitus "derer da oben" abzugrenzen. Und viertens lässt sich Populismus als Einstellungsmerkmal von Individuen festmachen und ist darin mit anderen politischen Orientierungen, wie etwa Zufriedenheit mit der Demokratie, Weltanschauungen oder Themenpräferenzen vergleichbar. All diesen Perspektiven ist gemeinsam, dass sie auf einen im Grunde ähnlichen, am Gegensatz zwischen Volk und Elite ausgerichteten konzeptionellen Kern zurückgreifen, von dem aus das Phänomen in seinen verschiedenen Erscheinungen und Ausprägungen sichtbar gemacht wird.

Umstritten in der Populismusforschung bleiben die Abgrenzung von Rechts- und Linkspopulismus und das Verhältnis zum Extremismus. Charakterisiert man den Populismus mit Blick auf seinen homogenen Volksbegriff als anti-pluralistische oder anti-liberale Ideologie, trifft das bei Lichte betrachtet nur auf die rechte Variante zu. Die linke Ideologie postuliert stattdessen die größtmögliche Entfaltungsfreiheit des Individuums, die dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat entweder durch Revolution oder durch radikale Reformen abgetrotzt werden müsse. Auch ihre Elitenkritik weicht bei näherem Hinsehen von derjenigen der Rechten ab. Die Linke artikuliert sich zwar bisweilen moralisch. In ihrer marxistischen

Tradition argumentiert sie aber nicht vom Individuum aus, sondern sieht das Handeln der Bürger und sie vertretenden Politikern von der Funktionslogik des kapitalistischen Systems bestimmt.

Was das Verhältnis des Populismus zum Extremismus betrifft, hält sich bis heute hartnäckig das Missverständnis, beides seien verschiedene Paar Schuhe. Tatsächlich liegen die Begriffe aber auf unterschiedlichen Ebenen, sodass sie als Attribute einander nicht ausschließen. Der Populismus stellt mit anderen Worten keine "mildere" Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie unter anderem das Beispiel der AfD zeigt – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann.

Erklärungsansätze

Die Erfolgsgeschichte der rechtspopulistischen Newcomer ist sowohl im Ländervergleich als auch im Zeitverlauf unterschiedlich. Einige Vertreter konnten sich seit ihrer Entstehung in den 1970er oder 1980er Jahren kontinuierlich behaupten, andere hatten nur sporadischen Erfolg oder mussten bei den Wahlen größere Rückschläge einstecken. Für letzteres hielt die Politikwissenschaft lange Zeit zwei Erklärungen bereit: Zum einen seien die Entstehung und der Erfolg rechtspopulistischer Parteien von einzelnen Führungspersönlichkeiten abhängig, die irgendwann abträten oder deren charismatische Eigenschaften sich über die Zeit verbrauchten. Dagegen gelinge es ihnen nur selten, eine stabile Parteiorganisation aufzubauen und die im Parteienwettbewerb notwendige Geschlossenheit im äußeren Auftreten sicherzustellen. Zum anderen hätten die Parteien ihrem Selbstverständnis als "Anti-Establishment" gemäß nur in der Opposition Erfolg. Übernähmen sie selbst Regierungsverantwortung, komme das der sprichwörtlichen Quadratur des Zirkels gleich. Die Folge sei ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust unter den eigenen Anhängern, der sich in rückläufigen Wahlergebnissen niederschlage.

Konnten beide Erklärungen zu Beginn der 2000er Jahre empirisch eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen, so hat sich das Bild seither gründlich verschoben. Der europäische Vergleich zeigt, dass der charismatische Typus unter den heutigen Rechtspopulisten längst nicht mehr so verbreitet ist wie vermutet. Er kennzeichnet vor allem die Entstehungsphase der Parteien. In der nachfolgenden Phase der Verstetigung haben sich diese meistens aus der Abhängigkeit von ihren Anführern befreit und ihre Organisation den Mainstream-Parteien angepasst.

Auch der Zusammenhang zwischen Oppositions- oder Regierungsrolle und Wahlerfolgen ist komplizierter als angenommen. Während die *Lijst*

Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst erlebten, zeigen der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei (SVP) oder der norwegischen Fremskrittspartiet, dass sich Widerstand gegen die EU, Einwanderungsskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde seit den 2000er Jahren wiederholt von unterschiedlichen Allianzen rechtspopulistischer Parteien regiert, ohne dass es diesen nachhaltig geschadet hat. Und in den nord, mittel- und südosteuropäischen Ländern ist der Populismus heute fester und zum Teil dominanter Bestandteil des rechten Mainstreams.

Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtspopulistische und -extreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die nationalen Ergebnisse der beiden letzten Europawahlen (2014 und 2019) in Nord- und Südeuropa miteinander, ergibt sich ein anderer Befund. Die Rechtsparteien haben gerade in den Ländern am besten abgeschnitten bzw. ihre stärksten Zugewinne erzielt, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Die einzige Ausnahme ist Ungarn, das ökonomisch hart getroffen wurde: Hier verbuchte die rechtsextreme *Jobbik* 2014 das viertbeste Ergebnis einer rechtsextremen Partei unter den seinerzeit 28 Mitgliedstaaten, während die gemäßigtere *Fidesz* zwar acht Prozentpunkte verlor, mit 51 Prozent aber die europaweit mit Abstand stärkste Vertreterin der rechtspopulistischen Parteienfamilie blieb.

Dieser Befund deckt sich mit den mittlerweile gut ausgeleuchteten Entstehungsgründen und -bedingungen der rechtspopulistischen Parteien in den 1970er und 1980er Jahren. Geht man davon aus, dass die Parteiensvsteme demokratischer Staaten im Wesentlichen durch zwei Konfliktlinien geprägt sind - einen sozioökonomischen Verteilungs- und einen soziokulturellen Wertekonflikt -, so handelt es sich bei den neuen Rechtsparteien in erster Linie um ein Phänomen der Wertepolitik. Das verbindet sie mit den in den 1970er Jahren entstandenen grünen Parteien, deren ideologischen Gegenpol sie auf der kulturellen Konfliktachse markieren. Die ökonomischen Entwicklungen sind also nicht der eigentliche Auslöser der populistischen Reaktion. Stattdessen fügen sie sich in das breitere Bild eines Gesellschaftswandels, dessen Rückwirkungen auf die Lebenswirklichkeit durch die Wirtschaft lediglich verstärkt werden. Die Schlüsselbegriffe dieses Wandels lauten Flexibilisierung und Individualisierung. Die Wähler der neuen Rechtsparteien werden häufig als "Modernisierungsverlierer" apostrophiert, was sie aber nur in einem relativen oder subjektiven Sinne

sind. Das heißt, ihre Misere ist nicht an die tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Dieser Angst versuchen die Populisten mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, die Religion oder die Familie, zu begegnen.

Wirtschaftliche Krisen spielen ihnen dabei durchaus in die Hände, lassen sie sich doch an den identitätspolitischen Kern der Programmatik gut anschließen. Dies gilt gerade für Länder mit einem hohen Niveau sozialstaatlicher Leistungen wie in Skandinavien, wo sich die Ressentiments der eingesessenen Bevölkerung gegen die vermeintlich nicht zugehörigen und mithin nicht teilhabeberechtigten Zuwanderer richten. Sozialökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise sozialkulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte umgedeutet. Dass dafür auch und gerade solche Wähler empfänglich sind, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und Interessen eigentlich nach links tendieren müssten, birgt keine große Überraschung, da diese in kulturellen Fragen erfahrungsgemäß fast immer weiter rechts stehen als ihre Parteien.

Internationale der Nationalisten

Um einen Überblick über die Präsenz des Rechtspopulismus erlangen, bietet sich am ehesten ein Blick auf die Europawahlen und das Europäische Parlament an. Konnten die Rechtspopulisten ihren gemeinsamen Sitzanteil bereits 2014 auf 22,6 Prozent hochschrauben, gelang ihnen 2019 ein nochmaliger Zuwachs um drei Prozentpunkte auf jetzt 25,6 Prozent. Der elektoralen stand und steht aber keine vergleichbare Stärke in politischer Hinsicht gegenüber, da es die nationalen Mitgliedsparteien bis heute nicht vermocht haben, eine gemeinsame schlagkräftige Fraktion zu bilden. 2014 verteilten sie sich auf zwei Fraktionen, die "Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR) und "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" (EFDD), bei denen die Vertreter des "harten Kerns" - der französische Front National, der belgische Vlaams Belang, die italienische Lega Nord, die österreichische FPÖ und die niederländische Partij voor de Vrijheid - aber außen vor blieben. Diese schlossen sich erst im Juni 2015 zu einer weiteren Fraktion ("Europa der Nationen und der Freiheit") zusammen. Ihr gehörte nach der Spaltung der AfD mit Marcus Pretzell auch ein deutscher Vertreter an, während die anderen AfD-Abgeordneten in der EKR-Fraktion verblieben.

Tabelle 1: Rechtspopulisten im Europäischen Parlament

	EKR	Identität und Demokratie	Fraktionslose
Belgien	Nieuw-Vlaamse Alliantie (3)	Vlaams Belang (3)	
Bulgarien	IMRO (2)		
Dänemark		Dänische Volkspartei (1)	
Deutschland	Liberal-Konservative Reformer (1)	AfD (10)	
Estland		EKRE (1)	
Finnland		Die Finnen (2)	
Frankreich		Rassemblement National (23)	
Griechenland	Griechische Lösung (1)		Unabhängige (2)
Italien	Fratelli d'Italia (7) Forza Italia (1)	Lega (25)	Fünf-Sterne-Bewegung (8)
Kroatien	Coal Hrv. Suverenisti (1)		Živi Zid / Menschliches Schutzschild (1)
Lettland	Coal. NA (2)		
Litauen	LLRA-KŠS (1)		
Niederlande	JA21 (3) SGP (1)	Partei für die Freiheit (1)	
Österreich		FPÖ (3)	
Polen	PiS (25) Solidarisches Polen (2)		
Rumänien	Christdemokratische Bauernpartei (1)		
Schweden	Schwedendemokraten (3)		
Slowakei	Freiheit und Solidarität (1)		Patriot (1) Republik (1)
Spanien	Vox (4)		
Tschechien	Demokratische Bürger- partei (4)	Freiheit und direkte De- mokratie (2)	
Ungarn			Fidesz (12) Jobbik (1)

Quelle: Europäisches Parlament. Stand: 1. Juli 2021.

2019 formierte sich die ENF-Fraktion unter anderem Namen ("Identität und Demokratie") neu, wobei von den 73 Abgeordneten allein 50 auf die beiden erfolgreichsten nationalen Vertreter – den inzwischen in *Rassemblement* National umbenannten *Front National* und die in *Lega* umbenannte *Lega Nord* – entfielen. Der insbesondere von Matteo Salvini, dem Chef der

Lega, verfolgte Plan einer fraktionsübergreifenden rechten Sammlungsbewegung, der maßgeblich von Steve Bannon inspiriert war – einem Berater Donald Trumps und Strategen der radikalen Rechten in den USA –, hatte zu dieser Zeit noch keine Chance. Während die nach der Auflösung der EFDD-Fraktion heimatlos gewordenen Abgeordneten der ideologisch ohnehin dem Rechtspopulismus nicht zurechenbaren italienischen Fünf-Sterne-Bewegung und die in der Brexit-Party versammelten Nachfolger der United Kingdom Independence Party (UKIP) unter den Fraktionslosen firmierten (letztere schieden mit dem Ende der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens zum 31. Januar 2020 aus dem EP aus), schlossen sich der größte Teil der nationalpopulistischen Vertreter der osteuropäischen Staaten, aber auch eine Reihe von älteren und neuen Mitgliedsparteien aus den west, nord- und südeuropäischen Ländern der gemäßigteren EKR-Fraktion an.

2021 erhielten die Überlegungen für einen Zusammenschluss neuen Auftrieb. Der Grund lag darin, dass mit Viktor Orbáns Fidesz einer der wichtigsten Vertreter des Rechtspopulismus aus Osteuropa die EVP-Fraktion im März 2020 verlassen hatte und damit dem ansonsten unvermeidlichen "Rausschmiss" zuvorkam. Orbán unternahm daraufhin Sondierungen mit Salvini, dem polnischen Regierungschef Morawiecki und Giorgia Meloni - letztere gehört mit den neofaschistischen Fratelli d'Italia der EKR-Fraktion an und ist deren Vorsitzende -, um die Chancen für ein Zusammengehen auszuloten. Anfang Juli 2021 veröffentlichten die führenden Vertreter der EKR- und der ID-Fraktion eine "Erklärung über die Zukunft Europas", die neben den gemeinsam geteilten Zielen auch die potenziellen Bruchlinien eines künftigen Bündnisses sichtbar macht. Letztere betreffen zum einen das Verhältnis zu Russland, dem die osteuropäischen Staaten aus naheliegenden historischen Gründen deutlich kritischer gegenüberstehen als die rechtspopulistischen Vertreter des übrigen Europa. Zum anderen geht es um das Verhältnis zur Europäischen Union, die von den Unterzeichnern nicht grundlegend abgelehnt wird, sondern lediglich zurückgebaut werden soll. Parteien wie die AfD oder die PVV, die den Austritt ihrer Länder aus der EU fordern, durften sich deshalb auf Geheiß der Initiatoren an der Erklärung nicht beteiligen.

So wie die nationale Orientierung eine grundlegende Gemeinsamkeit der rechtspopulistischen Parteien bildet, stellt sie zugleich eine Quelle ihrer politischen und ideologischen Heterogenität dar. Die heutigen Rechtspopulisten sind nicht mehr in einem traditionellen Sinne nationalistisch, sondern grenzen sich vor allem vom nicht-christlichen Kulturaum der Muslime ab, deren Zuwanderung sie entweder ganz ablehnen oder zurückdrängen möchten. Gleichzeitig teilen sie ein "souveränistisches" Verständnis klassischer Nationalstaatlichkeit, das einer weiteren

Vertiefung der europäischen Integration entgegensteht. Welche Folgerungen daraus in beiden Bereichen konkret abgeleitet und mit welcher Radikalität sie vertreten werden, unterscheidet sich je nach nationaler Betroffenheit und Interessanlage zwischen den Parteien gewaltig. Dasselbe gilt für die Positionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die in den einen Fällen eher marktliberal, in den anderen eher interventionistisch oder protektionistisch geprägt sind. Auch gesellschaftspolitisch bestehen in der Programmatik große Unterschiede.

Euroskeptiker finden sich nicht nur innerhalb der rechtspopulistischen Parteienfamilie, sondern auch in den Reihen anderer Parteien (einschließlich der Linken). Unter den rechtspopulistischen Parteien gehört die ablehnende Haltung gegenüber der europäischen Integration heute allerdings zur programmatischen Grundausstattung. Das war nicht von Anfang an so. Als die neuen Rechtspopulisten in den 1980er Jahren die politische Bühne betraten und sich in den westeuropäischen Parteiensystemen reihum festsetzten, verfochten die meisten von ihnen zum Teil dezidiert pro-europäische Positionen. Dies hatte einerseits mit ihrer damals noch überwiegend wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu tun (wie beim Front National), zum anderen spiegelte sich darin die Anti-Haltung zur Regierungspolitik auf nationaler Ebene, gegenüber der die europäischen Institutionen als leuchtendes Vorbild erschienen (wie bei der Lega Nord). Die Hinwendung zum Anti-Europäismus erfolgte erst, als sich die Schattenseiten des einseitig an der Marktliberalisierung ausgerichteten Integrationsprojekts in den 1990er Jahren zunehmend bemerkbar machten. Bei den Wahlen zahlte sich das zunächst nicht direkt aus - am Beginn der neuen Dekade (zwischen 2000 und 2005) hatten die Rechtspopulisten sogar mit Verlusten zu kämpfen. Als die Finanz- und Eurokrise einsetzte, konnten sie jedoch ihre Anti-Haltung zur EU voll ausspielen und damit neue Rekordwerte der Wählerunterstützung verbuchen.

Einen wichtigen Hintergrund für den Vormarsch des rechtsradikalen Populismus seit den 2000er Jahren bildet neben den chauvinistisch unterfütterten Sorgen vor Wohlstandseinbußen die geopolitische Lage. Der gewalttätige Konflikt zwischen den westlichen Ländern und dem militant-extremistischen Islamismus bestimmte seit den Terrorangriffen des 11. September 2001 das internationale Nachrichtenbild. Die Anschläge von Madrid 2004, London 2007, Oslo/Utøya 2011, Paris 2015 und Berlin 2016 haben die Atmosphäre von Furcht und Misstrauen zwischen der Mehrheitsund der muslimischen Minoritätsbevölkerung in Europa verstärkt. Die Anschläge in Madrid, London, Paris und Berlin wurden von islamistischen Terroristen begangen, die Attentate in Norwegen vom Kontradschihadisten und Neonazi Anders Behring Breivik. Terroristen können ihre politi-

schen Ziele nur selten durchsetzen, aber eine Atmosphäre schaffen, die den Extremen nützlich ist. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina heizt die Stimmung auf Schulhöfen in ganz Europa auf. Die Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten senden neue Flüchtlingswellen über das Mittelmeer. Europäische Staaten haben an einem fast zwanzig Jahre langen Krieg gegen die Taliban in Afghanistan teilgenommen. Kein Wunder, dass viele Bürger Probleme haben, zwischen extremem Islamismus und dem normalen friedlichen Islam zu unterscheiden. Eine weitere Spannungslinie ist durch das zunehmend aggressive Auftreten der russischen Außenpolitik unter Wladimir Putin entstanden, der in seiner asiatischen Interessensphäre das Vordringen des Islamismus und in seiner europäischen Interessensphäre das vermeintliche Vordringen des liberalen Westens bekämpft. Führende Vertreter des europäischen Rechtspopulismus wie Marine Le Pen äußern Sympathien für Putins Linie und Russlands autoritäres Herrschaftsmodell. In Breiviks Internetkompendium wird dem russischen Präsidenten als Held und Vorbild "für die konservative Revolution" in Europa gehuldigt.

Klimapolitik und Coronapandemie

Mit dem Klimawandel und der Coronapandemie sind den Rechtspopulisten seit 2018 zwei weitere "Großthemen" zugewachsen, bei denen sie im Meinungs- und Interessenspektrum den rechten Pol besetzen können. Als gemeinsame Muster lassen sich dabei die Ablehnung evidenzbasierter Politik, der Vorwurf der Freiheits- und Demokratiebeschränkung durch eine einseitig kosmopolitisch ausgerichtete Elite und die Präferenz für nationalstaatliche Lösungen ausmachen, die auch auf anderen Politikfeldern die populistische Argumentationslogik bestimmen. Andererseits begegnet uns bei den Themen dieselbe programmatische Heterogenität, die sich zugleich in den unterschiedlichen Regierungsbilanzen populistischer Akteure widerspiegelt.

Während Parteien wie die AfD, die FPÖ oder die niederländische PVV die Existenz des Klimawandels generell anzweifeln, sind für andere, weniger "klimaskeptische" Mitglieder der Parteienfamilie Klimaschutzmaßnahmen größtenteils unnötig, da die Erderwärmung nur bedingt auf menschliche Einflüsse zurückzuführen sei – selbst wenn dies der Fall wäre, würden Schritte zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen in den hochindustrialisierten Ländern des Westens nichts bewirken, so lange die CO₂-Emissionen in den übrigen Weltregionen weiter anstiegen.

Globalisierung und Klimawandel stellen in der Agenda rechtspopulistischer Parteien nahezu Seiten derselben Medaille dar. Brachte die Globalisierung den Untergang ganzer Wirtschaftszweige (und Regionen) mit sich, würden klimapolitische Maßnahmen diese Entwicklung jetzt weiter forcieren. Klimaschutz wird in diesem Kontext als elitäres Projekt einer erneuten Transformation der heimischen Wirtschaft hin zu einer Post-Wachstumsökonomie gesehen, das linksliberale Kräfte gegen den mehrheitlichen Volkswillen vorantrieben. Die Rechtspopulisten sehen darin nicht zuletzt eine soziale Frage, seien es doch vor allem die "kleinen Leute", die sich Fleischkonsum, Flugreisen und das Autofahren aufgrund der gestiegenen Kosten dann nicht mehr leisten könnten – im Unterschied zu den wohlhabenderen Angehörigen der Elite.

Weil bei kaum einem anderen Thema die Notwendigkeit grenzüberschreitender, globaler Kooperation so sehr auf der Hand liegt wie beim Kampf gegen die Erderwärmung, kommt die nationalistische und protektionistische Gegenposition des Rechtspopulismus hier umso mehr zum Tragen. Der Erhalt heimischer Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze in bestimmten Sektoren werde erschwert, wenn der Klimaschutz Vorrang habe und steigende Emissionen in Entwicklungsländern mit immer rigoroseren Maßnahmen in Europa und Nordamerika kompensiert werden müssten. Wo rechtspopulistische Parteien in Regierungen vertreten sind oder diese anführen, wird diese Agenda meistens konsequent umgesetzt. So war es z.B. eines der zentralen Vorhaben der Regierung Trump, die Mitgliedschaft der USA im Pariser Klimaschutzabkommen zu beenden, das die amerikanischen Arbeiter, Unternehmen und Steuerzahler angeblich benachteilige. Dies wurde von Trumps Nachfolger Joe Biden gleich zu Beginn seiner Amtszeit rückgängig gemacht.

In der Corona-Pandemie neigten viele rechtspopulistische Vertreter zunächst dazu, die Regierungspolitik zu unterstützen oder wollten diese sogar noch forcieren, zumal die Maßnahmen zum Teil (etwa bei den Grenzschließungen) auf ihrer eigenen ideologischen Linie lagen. Der Regierung aus der Opposition heraus ein Versagen zu attestieren, erwies sich als schwierig, konnte doch der unmittelbare Ursprung der Krise im Gegensatz zur Euro- oder Flüchtlingskrise nicht auf Verfehlungen der politischen Elite zurückgeführt werden. Im Einklang mit der übergroßen Bevölkerungsmehrheit erkannte man die Situation als Notlage an, die ein entschiedenes (national)staatliches Eingreifen rechtfertigte.

Nach der ersten Phase der Pandemie änderte sich dieses Bild und wurde es zugleich disparater. Während manche populistischen Vertreter in der Befürwortung bestimmter Schutzmaßnahmen wie etwa der Maskenpflicht sogar die Speerspitze bildeten, etwa bei der SVP oder der PVV – auch

in der AfD gab es zu Beginn solche Stimmen -, sattelte das Gros der Parteien bald auf einen Anti-Establishment-Diskurs um, der die Corona-Maßnahmen als unzulässige Freiheitsbeschränkungen vehement kritisierte und den Regierungen unterstellte, sie wollten diese Beschränkungen auf Dauer stellen und eine "Corona-Diktatur" errichten. Die Kritik ging mit einer Verharmlosung des Virus einher, dessen Gefährlichkeit von den verantwortlichen Politikern völlig übertrieben dargestellt werde, um die Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen. Analog zu den Klimaleugnern formierte sich in der Debatte um die Maßnahmen eine radikale Front von Corona-Leugnern, die die Existenz der Pandemie als solche in Abrede stellten. Diese fanden in vielen rechtspopulistischen Parteien beträchtlichen Rückhalt und prägten – selbst wenn sie dort nicht die Mehrheit stellten – deren öffentliches Auftreten. Dasselbe gilt für die in ihren Reihen ebenfalls überproportional vertretenen Impfgegner und -verweigerer, deren Ablehnung einer – von den Regierenden aber nirgendwo konsequent durchgesetzten – rechtlichen oder faktischen Impfpflicht sich bestens in das Freiheitsthema einfügte.

Was die Verknüpfung der Pandemie mit den bekannten Anti-Themen des Populismus angeht, boten und bieten die Parteien ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Anders als Trump in den USA haben die europäischen Vertreter nur selten auf den Ursprungsort des "Chinavirus" verwiesen. Auch auf eine stärkere Schuld der Migranten an der "Einschleppung" und Verbreitung der Seuche wurde nur selten abgestellt, hätte dies doch der generellen Linie widersprochen, die Notwendigkeit der Bekämpfungsmaßnahmen mit Blick auf die angezweifelte Schwere der Pandemie in Frage zu stellen. Bessere Anknüpfungspunkte für den Diskurs boten die Themen "Grenzschließungen" / "Globalisierung" und "Europa" bzw. "Europäische Union", deren Ausbeutbarkeit dennoch an Grenzen stieß. So wurde die auch von den Rechtspopulisten intonierte Kritik an der schlecht gemanagten Impfstoffbeschaffung der EU von der gut verlaufenen Impfkampagne schon nach wenigen Monaten überholt, während die in der ersten Phase der Pandemie (im März/April 2020) verfügten Grenzschließungen jedermann vor Augen führten, wie sehr der zusammengewachsene Wirtschaftsraum auf funktionierende Lieferketten angewiesen war. Auch in der Kritik an dem von der EU aufgelegten 750 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds hielten sich die Rechtspopulisten zurück. Das galt vor allem für die süd- und osteuropäischen Vertreter, deren Länder in dem Paket anteilsmäßig am stärksten bedacht wurden. In Italien hatte das z.B. zur Folge, dass die vorher dezidiert EU-kritische Lega auf die europafreundliche Linie der von ihr mit getragenen Regierung einschwenkte.

Die Herausforderung durch die neuen Medien

Bei der Suche nach den Erfolgsbedingungen des Rechtspopulismus und den Gründen für den Anstieg von extremistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt (bis hin zum Terrorismus) darf der Blick auf die veränderten Formen der sozialen Kommunikation und politischen Öffentlichkeit nicht fehlen. Terroranschläge und Kriege haben Konflikte zwischen Religionen und Kulturen verursacht; auch in Europa ist eine Stimmung von Angst und Hass latent vorhanden. Der dadurch entstehende Resonanzboden für rechtspopulistische Argumentation und Agitation wird durch Entwicklungen im Mediensystem verstärkt. In den meisten Ländern stehen die Massenmedien heute unter großem kommerziellen Druck, der immer weniger Raum für eine nüchtern-abwägende Berichterstattung lässt. Das spielt den Populisten in die Hände. Umgekehrt sind seriöse Zeitungen und das frei empfangbare Fernsehen normalerweise ziemlich restriktiv, wenn es darum geht, Rassisten und anderen Extremisten Spaltenplatz oder Redezeit einzuräumen.

Allerdings sind in den letzten beiden Jahrzehnten über die Sozialen Medien neue politische Öffentlichkeiten herangewachsen. Hier gibt es meistens keine Redakteurfunktion und nur im geringen Umfang etablierte soziale Konventionen, die zivilisierend auf die Kommunikation einwirken. Welche Bedeutung kommt diesem neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu? Kommunikationsmedien sind nicht, wie die Frankfurter Schule dachte, "instrumentelle Rationalität", die Gesellschaft und Kultur fremd gegenübersteht. Auch die Technologie stellt eine politische und kulturelle Größe dar, die wie andere soziale Entwicklungen politisch gesteuert und gestaltet werden muss. Bei den neuen Medien besteht das Hauptproblem darin, dass es ihnen an jener Kultur demokratischer Selbstregulierung fehlt, die zunächst die Schrift- und sodann die elektronischen Massenmedien über eine lange Zeit hinweg und im Dialog mit allen anderen demokratischen Institutionen begleitet hatte. Dies leistet der Verbreitung von Fake News und von Verschwörungstheorien Vorschub, die von jeher ein Bestandteil der rechtspopulistischen Agitation waren, durch die neuen technischen Möglichkeiten jetzt aber einen viel größeren Resonanzboden

In den vielen Debattenforen, die die Sozialen Medien bieten, diskutieren meistens Leute, die sich von vornherein einig sind. Damit wird die Debatte nicht durch Argumente und Gegenargumente, sondern durch gegenseitige Bestätigung und durch den Wettstreit strukturiert, immer dasselbe so auffällig und scharf wie möglich zu formulieren. Das Diskussionsforum wird zum Hallraum, im dem parallele Realitäten produziert werden.

Ebenso bedenklich stimmt, dass Suchmaschinen und Internetseiten ihrem einzelnen Nutzer passgenau zugeschnittene Informationen bereitstellen, ohne dass er sich im Regelfall darüber im Klaren ist. Das Programm hilft dir zu finden, was du bereits gefunden hast. Das gilt natürlich auch für extremistische Inhalte.

Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind der parteipolitischen Konkurrenz in der Nutzung von *Facebook* und anderen Netzwerken weit voraus. Mit ihrer Hilfe schlagen sie gleich drei Fliegen mit einer Klappe. Erstens umgehen sie die ihnen nicht gerade wohlgesinnten traditionellen Medien, die sie dafür – zweitens – im Gegenzug umso leichter als Teil des verhassten Establishments brandmarken können ("Lügenpresse"). Und drittens spannen sie dieselben Medien für ihre eigenen Zwecke mit ein, wenn diese über die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken berichten. Als besonderer Virtuose dieses Über-Bande-Spiels hat sich US-Präsident Donald Trump hervorgetan.

Auch für den gewaltenbereiten Extremismus spielen das Internet und die sozialen Netzwerke eine unterstützende Rolle. Zum einen eröffnen sie neue Möglichkeiten der Organisation und des konspirativen Zusammenschlusses. Zum anderen sind sie eine Brutstätte für Hasspropaganda und Verschwörungserzählungen, die anfällige Menschen dazu bringt, sich zu radikalisieren und von Gedanken bzw. Worten zur Tat zu schreiten. Der Amoklauf des Norwegers Anders Breivik, der im Juli 2011 aus wahnhaftem Fremdenhass 77 Menschen kaltblütig ermordete, diente später nicht nur dem Attentäter im neuseeländischen Christchurch (Anschlag auf zwei Moscheen im März 2019 mit 51 Toten), sondern auch den Mördern von Halle (versuchter Anschlag auf eine Synagoge im Oktober 2019 mit zwei Toten) und Hanau (Anschlag auf eine Shisha-Bar im Februar 2020 mit zehn Toten) als Vorbild. Ob sie die Taten "einsamer Wölfe" waren oder mit Unterstützung eines terroristischen Netzwerks erfolgten, blieb für die Ermittler zunächst unklar. Eine genaue Trennlinie ließ sich hier nicht ziehen, denn auch die vermeintlich einsamen Wölfe waren zuvor im Internet in einem Netzwerk Gleichgesinnter unterwegs gewesen und zu ihren Taten stimuliert worden.

Dass die Regulierung der Internetkommunikation nur rudimentär gelingt, liegt vor allem an deren grenzüberschreitendem Charakter. Weil die großen, global agierenden Konzerne – Alphabet (Google), Amazon, Apple, Facebook und Microsoft – allesamt von amerikanischem Boden aus operieren, können sie sich dem Zugriff der nationalen und europäischen Gesetzgeber auf weite Strecken entziehen. Regelwerke wie das in Deutschland seit 2017 gültige "Netzwerkdurchsetzungsgesetz", die die Plattformbetreiber auf die Einhaltung bestimmter Compliance-Regeln verpflichten, wir-

ken vor diesem Hintergrund notgedrungen defizitär. Sie erinnern daran, dass ein verantwortungsvoller Gebrauch der neuen Kommunikationsformen nicht staatlich oktroyiert werden kann, sondern am Ende von der Gesellschaft und von jedem einzelnen ausgehen muss.

Wo in die Meinungsbildung offenkundig manipulativ eingriffen wird, hilft allerdings auch der Appell an die Selbstverantwortung nicht weiter. Die Gefährdungen beginnen bei der algorithmisch gesteuerten Zielgruppenansprache (*micro targeting*) im Wahlkampf und reichen bis zum Einsatz von *social bots*, also Programmen, die in den sozialen Netzwerken automatisch Inhalte veröffentlichen oder teilen und dabei wie reale Menschen erscheinen. Autokratisch geführte Staaten wie Russland oder China setzen solche und andere Mittel schon seit längerem systematisch ein, um den Wahlprozess in demokratischen Ländern durch Desinformationskampagnen zu stören. Damit wollen sie nicht nur Einfluss auf den Wahlausgang nehmen, sondern diese Länder in ihrer Identität als Demokratien gezielt erschüttern.

Anpassung oder Abschottung?

Ein wichtiger Gegenstand der neueren Populismusforschung ist die Suche nach geeigneten Bekämpfungsstrategien. Das Thema wird häufig plakativ auf die Alternative "Anpassung" oder "Abschottung" heruntergebrochen, wobei die Extremform der Anpassung eine Regierungsbeteiligung der "Außenseiterparteien" darstellt. Im Gegenzug wird die Zweckmäßigkeit einer strikten Ab- oder gar Ausgrenzung von wissenschaftlicher Seite immer wieder in Zweifel gezogen. Am Beispiel Skandinaviens zeigt sich, wie disparat die Befunde sind und wie schwer es ist, allgemeingültige Handlungsanweisungen aus ihnen abzuleiten.

Konfrontiert mit der Herausforderung durch die populistische Rechte, haben die etablierten Parteien zum Beispiel in Schweden und Dänemark einander völlig entgegengesetzte Strategien verfolgt. In Dänemark reagierten sie, indem sie viele Vorschläge der Dänischen Volkspartei für eine strengere Einwanderungs- und Asylpolitik sowie eine stärker national ausgerichtete Europapolitik übernahmen. Die Rechtspopulisten wurden im Rahmen eines Tolerierungsbündnisses sogar mittelbar in die Regierungspolitik einbezogen. Die dänische Einwanderungs- und Asylpolitik machte dadurch eine 180-Grad-Wende – von einer der liberalsten hin zu einer der restriktivsten in Europa.

In Schweden hielten sämtliche Parteien gegenüber den Schwedendemokraten strikte Distanz. Jegliche Form der Zusammenarbeit mit ihnen war

verpönt, es gab nicht einmal Gesprächskontakte (cordon sanitaire). Auch politikinhaltlich wetteiferten die etablierten Vertreter darum, sich von den restriktiven Positionen der rechten Herausforderer in der Einwanderungsund Asylpolitik möglichst stark abzuheben. Diese wurde im Laufe der Jahre immer weiter liberalisiert. So nahm Schweden lange Zeit europaweit pro Kopf die mit Abstand größte Zahl von Flüchtlingen auf. In einer mutigen Rede zur Eröffnung des Wahlkampfes 2014 erklärte Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, seine bürgerliche Regierung habe alle Pläne für Steuererleichterungen angesichts der schwierigen Flüchtlingssituation auf Eis gelegt. Falls das Ziel dieser Politik darin bestand haben sollte, den Vormarsch der Rechtspopulisten zu stoppen, war der liberale schwedische Ansatz kurzfristig genauso wenig erfolgreich wie die dänische Anpassungsstrategie. So feierte die Dänische Volkspartei 2015 mit 21,1 Prozent der Stimmen ihren bis dahin größten Triumph, während die Schwedendemokraten ihren Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen 2014 von 5,6 auf 12,9 Prozent mehr als verdoppelten.

In der Folgezeit ging die Schwere zwischen beiden Ländern aber wieder auseinander - nur diesmal in die andere Richtung. In Schweden konnten die Rechtspopulisten bei den Reichstagswahlen 2018 nochmals kräftig (auf 17,5 Prozent) zulegen; bei den Europawahlen ein halbes Jahr später erreichten sie 15,3 Prozent. In den Umfragen liegen sie seit 2020 kontinuierlich im Bereich von 20 Prozent oder darüber. In Dänemark erlebte die Volkspartei unterdessen einen regelrechten Absturz. Bei den Europawahlen 2019 fiel sie auf elf, bei den Parlamentswahlen im selben Jahr sogar auf neun Prozent zurück. Ihre Wählerschaft hatte sich damit mehr als halbiert. Zurückgeführt wurden die Ergebnisse vor allem auf den programmatischen Schwenk der Sozialdemokraten in der Einwanderungspolitik, in der sie die restriktiven Positionen der Volkspartei - ähnlich wie schon zuvor deren Konkurrenten im Mitte-Rechts-Lager – jetzt nahezu vollständig übernahmen. Dies wurde als Rezept auch anderen sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa empfohlen, etwa der SPD. Gerade der deutsche Fall eignete sich aber als Beweis für den Nutzen einer Anpassungsstrategie kaum. Eine solche Strategie war auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2016 vor allem von der bayerischen CSU propagiert worden, um ein weiteres Anwachsen der rechtspopulistischen AfD zu verhindern, was jedoch weder bei der Bundestagswahl noch den bayerischen Landtagswahlen gelang. Die Parteiführung um Markus Söder vollzog daraufhin eine radikale Kehrtwende, indem sie zu einem besonnenen Kurs in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zurückkehrte und gegenüber der AfD fortan auf strikte Abgrenzung setzte.

Während eine "Zauberformel" für den Umgang mit Rechtspopulisten weiterhin fehlt, ist die Regierungsmacht für die Rechtspopulisten selbst ebenfalls nicht ohne Risiko. Am Beispiel Österreichs lassen sich ihre Konsequenzen gut illustrieren. Zwischen 2000 und 2007 koalierte die konservative ÖVP auf Bundesebene mit der FPÖ. In dieser Zeit spaltete sich das "Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ) von der FPÖ ab. Dem waren eine Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen und ein massiver Stimmenverlust bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2002 vorausgegangen. Aus ihrer zweiten Regierungsbeteiligung schied die FPÖ 2019 nach nur zwei Jahren aus, nachdem ihr Vorsitzender Heinz-Christian Strache der Partei durch versuchte finanzielle Absprachen mit einer vermeintlichen russischen Oligarchin in der sogenannten "Ibiza-Affäre" massiven Schaden zugefügt hatte. In Dänemark und den Niederlanden wurden konservative Regierungen von Rechtspopulisten geduldet bzw. gestützt. Solche Konstellationen zahlen sich für Rechtspopulisten möglicherweise am meisten aus: Sie können Einfluss auf die Regierungsgeschäfte nehmen, befinden sich aber selbst nicht in der Verantwortung.

Gefährdung der Demokratie?

Vergleichende Studien legen den Befund nahe, dass von erfolgreichen populistischen Parteien eine Gefahr für die Demokratie ausgehen kann. Welche Auswirkungen der Populismus genau hat, hängt davon ab, ob sich die Parteien in der Regierung oder in der Opposition befinden. Ist letzteres der Fall, ist ihre Wirkung beschränkt, aber dennoch spürbar. Die Parteien nehmen Einfluss auf den demokratischen Diskurs und sie erhalten mit dem Parlament eine Bühne für ihre Themen. Gleichzeitig präsentieren sie sich als Tabubrecher, indem sie behaupten, diejenigen Probleme zur Sprache zu bringen, die die etablierten Parteien "verschweigen". Während linke Populisten sozialpolitische Fragen wie Wohlfahrtsstaat und Armut aufs Tapet bringen, konzentrieren sich Rechtspopulisten auf den Bereich Migration und Integration. Ihr politisches Gewicht lässt sich daran messen, ob und wieweit sie die Mainstream-Parteien zu Reaktionen zwingen.

Gelingt es den Populisten, die Regierungsmacht an sich zu ziehen, können die unmittelbaren Auswirkungen auf die Demokratie gravierend sein. Diese bestehen nicht darin, dass das demokratische Regime förmlich beseitigt wird; stattdessen haben es die populistischen Akteure gerade auf dessen Schutzmechanismen und hier vor allem die Gewaltenteilung abgesehen. Was in Ungarn nach dem Wahlsieg der ehemals liberal und nachfolgend zunehmend nationalkonservativ ausgerichteten *Fidesz* schon

seit 2010 im Gange ist – der Umbau des Landes zu einem quasi-demokratischen autoritären System –, findet unter der Verantwortung der PiS seit 2015 auch in Polen statt. Das Muster ist stets dasselbe. Um Regierungsinstitutionen und den Wahlprozess unter Kontrolle zu bringen, werden zunächst die Gerichte und hier vor allem das Verfassungsgericht in ihrer Macht beschränkt und/oder mit eigenen Gefolgsleuten der Regierung besetzt. Anschließend kann man dann ungehindert den gesellschaftlichen Pluralismus zurückdrängen und die öffentliche Meinungsbildung beschränken. Die EU hat solchen Bestrebungen bislang kaum etwas entgegensetzen können oder wollen. Im ungarischen Falle war sie durch die Mitgliedschaft von *Fidesz* in der EVP lange Zeit befangen, im polnischen Falle haben ihre Versuche, die Regierung über die Aktivierung des Rechtsstaatsmechanismus zum Nachgeben zu bewegen, nur wenig ausgerichtet.

Der europäische Vergleich zeigt, dass es in den Systemen mit Verhältniswahlrecht eine kritische Schwelle der Wählerunterstützung gibt, jenseits derer die Herausfordererparteien von der etablierten Konkurrenz nicht mehr ignoriert, das heißt von der Regierungsmacht auf Dauer ferngehalten werden können. Sie liegt bei etwa 20 bis 25 Prozent. Diesen Wert haben viele der rechtspopulistischen Herausforderer inzwischen (oder zwischenzeitlich) erreicht, etwa die *FPÖ* oder die *Lega*. Für die nationalpopulistischen Parteien in Osteuropa, die dort ein Teil des rechten Mainstreams sind, gilt das ohnehin. Auch die AfD erreicht im ostdeutschen Teil des Landes, der als postkommunistische Gesellschaft manche Parallelen zu Osteuropa aufweist, diese Größenordnung, während sich ihre Wähleranteile im Westen der alten Bundesrepublik eher unterhalb des europäischen Durchschnitts bewegen.

Selbst kühne Optimisten gehen heute nicht mehr davon aus, dass es gelingen könnte, die Rechtspopulisten aus den politischen Systemen wieder zu verdrängen. Sie sind und bleiben die sprichwörtlichen ungebetenen Gäste auf einer Party, die sich daneben benehmen, unter Alkoholeinfluss herumpöbeln, aber auch manche unbequeme Wahrheit aussprechen und die man deshalb am liebsten rasch loswerden möchte. Die Kombination von nachfrage- und angebotsseitigen Faktoren sichert den rechtspopulistischen "Störenfrieden" zumindest mittelfristig gute Chancen. Was die Nachfrageseite angeht, dürften die Flüchtlingspolitik, aber auch Themen wie der Klimawandel in Zukunft genügend thematische Gelegenheiten für sie bereithalten. Auf der Angebotsseite profitieren die Parteien wiederum vom neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien und von den Ressourcen, die ihnen das demokratische und parteienstaatliche System selber zur Verfügung stellt. Die Rechtspopulisten bedienen sich dieser Mittel bereitwillig, obwohl sie ihrem eigenen Demokratiever-

ständnis zum Teil zuwider laufen und sie nicht zögern würden, sie zu beschneiden, wenn sie die Macht dazu hätten. Wie die *Fidesz-* und PiS-Regierungen in Ungarn und Polen beweisen, sind solche Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen. Sie sollten auch nicht mit dem Hinweis abgetan werden, es handele sich um ein ausschließliches Problem der noch jungen osteuropäischen Demokratien.

Zu diesem Band

Der vorliegende Band entfaltet ein Panorama des europäischen Rechtspopulismus und -extremismus. Einigermaßen umfassend ist der Überblick in Bezug auf die Phänomene, zumindest was deren räumliche Verbreitung angeht. Die meisten europäischen Länder werden erfasst und alle Regionen des Kontinents berücksichtigt. Weniger umfassend ist er mit Blick auf die Rechtspopulismus- und -extremismusforschung, die dafür längst viel zu umfangreich ist. Hier konnte und sollte es nur darum gehen, wenigstens einige Schneisen in die Literatur zu schlagen und die Sinnhaftigkeit einer über die Politikwissenschaft hinausweisenden interdisziplinären Herangehensweise an den Gegenstand zu verdeutlichen.

Die nachfolgenden 39 Beiträge sind in insgesamt sieben Rubriken unterteilt. In der ersten Rubrik "Konzepte" werden begriffliche und typologische Grundlagen geschaffen, auf die die anschließenden, überwiegend empirisch angelegten Beiträge direkt oder indirekt rekurrieren. Das politikwissenschaftliche Herzstück des Bandes bilden die 20 Länderkapitel, die nach Regionen (West, Nord, Süd und Ost) gegliedert sind und auch bisher in der Literatur eher vernachlässigte Länder einbeziehen. In den beiden abschließenden Rubriken "Medien" und "Strategien" dominieren die interdisziplinären Bezüge. Zudem sind hier – nicht im strengen Sinne wissenschaftliche – Erfahrungsberichte von Praktikern enthalten, die die Alltagsrelevanz des Themas unterstreichen.

Auch bei den zahlenmäßig überwiegenden politikwissenschaftlichen Beiträgen wurde eine Verengung auf die in der Zunft leider mittlerweile dominierenden quantitativen Methoden vermieden, ohne diese außen vor zu lassen. Geschichte und Kultur der europäischen Nationen entziehen sich einer rechenhaften Erfassung. Wer den Rechtspopulismus und -extremismus verstehen will, kommt ohne ihre Kenntnis nicht aus. Der größte Teil der politikwissenschaftlichen Autoren sind Spezialisten für "ihre" Länder, andere haben sich von einem übergreifenden komparatistischen Ansatz ausgehend in die von ihnen bearbeiteten Fälle "hineinbegeben". Dass alle Beiträge einheitlich formatiert wurden, versteht sich bei einem Sam-